

Die „kleinen Leute“ sollen's ausbaden

Was da in Bonn in den letzten Wochen passiert ist, wird uns noch lange beschäftigen. Nach der Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ist das „Sparpaket“ der zweite tiefe Einschnitt, für den eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter grüner Beteiligung die Verantwortung trägt.

Wäre Weigel noch Finanzminister, dann wären die ersten DGB-Protestsonderzüge längst gefahren. Die SPD-Nähe der Gewerkschaftsspitze hat dies bisher verhindert. Noch!

Das Sparpaket ist sozial grob ungerecht. Die Vorstellungen zur Rentenkürzung, zum Abbau von Arbeitslosenhilfe und zu Streichungen beim Wohngeld bei gleichzeitiger zusätzlicher Belastung durch neue Mineralöl- und Stromsteuern sind sozial unverträglich und vergrößern die Schere zwischen arm und reich in der Gesellschaft.

Den Armen wird's genommen, den Reichen gegeben

Besserverdienende und Vermögende werden durch das Sparpaket nicht mit einer Mark zusätzlich belastet, im Gegenteil. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung muß sich schon fragen lassen, wie sie es mit ihrer Tradition vereinbaren kann, bei Alten und Arbeitslosen zu kürzen, um den Spitzensteuersatz der Bestverdienenden zu senken und die Unternehmen völlig undifferenziert steuerlich zu entlasten.

So begrüßenswert es ist, eine soziale Grundsicherung für Rentner einzuführen, so kritikwürdig ist es, für die Bezie-

her von Arbeitslosenhilfe die Zuschüsse für die Rentenbeiträge so zu senken, daß sie bewußt nur in eine Grundsicherung statt in eine sozialverträgliche Rente gedrängt werden.

Der wortbrüchige Verzicht auf die Anpassung der Renten in den kommenden Jahren an die Nettolohnentwicklung ist kein langsamerer Anstieg der Renten, sondern eine reale Kürzung. Das ergibt sich nicht nur aus der dauerhaften Absenkung des Rentenniveaus, sondern auch aus der Tatsache, daß die Rentnerinnen und Rentner die volle Belastung aus der ökologischen Steuerreform einschließlich deren weiterer Stufen zu tragen haben, aber an dem Ausgleich durch die Erhöhung der Nettolöhne nicht beteiligt werden.

Wer die Zukunft gestalten will, müßte ganz andere Maßnahmen ergreifen:

Das Entscheidende ist der Abbau der Arbeitslosigkeit. Er würde zu Einsparungen bei Sozialleistungen, zu Abga-

Fortsetzung nächste Seite

Großangriff auf die Taschen der „kleinen Leute“. Der Sozialdemokrat Scharping will mehr Geld, Hans Eichel schlägt zu, dann kommt der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) und will zwei Nullrunden bei Lohnerhöhungen. Da will der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) nicht nachstehen. „Das sei absolut richtig“, meinte er und es sei „selbstverständlich, den Arbeitnehmern diese Opfer zuzumuten“. Die Kritik der Gewerkschaften wies er zurück.

Es hat lange gedauert, bis viele Wähler erkannten, daß das „C“ im Namen CDU, nichts mit christlich zu tun hat, es wird nicht so lange dauern, bis die Leute merken, daß das „S“ bei SPD nichts mehr mit „Sozial“ zu tun hat.

Aus den Kosten des Bundeswehr-Einsatzes in Jugoslawien:

436 Tornado-Einsätze (je Tornado-Flugstunde: 10.000 DM)

5 verlorene Drohnen im Wert von je 1 Mio. DM

244 verschossene Harm-Raketen (Wiederbeschaffungswert 1,2 Mio. DM pro Stück)

ben- und Steuerzahlungen der Beschäftigten und nicht zuletzt zu einem Gewinn an Menschenwürde führen. Dazu müßten Überstunden abgebaut, Arbeitszeiten gekürzt und ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor geschaffen werden.

Die Beitragspflicht in die sozialen Sicherungssysteme müßte auf gut verdienende Freiberufler, Selbständige, Beamte, Abgeordnete und Minister ausgedehnt werden.

Die Unternehmen müßten von der heutigen Form der Lohnnebenkosten befreit werden. Statt dessen sollten sie zu einer flexiblen Abgabe in die Versicherungssysteme nach ihrer jeweiligen Wertschöpfung verpflichtet werden.

Spekulationsgewinne müßten höher besteuert werden als Gewinne aus Produktion und Dienstleistungen, damit sich Investitionen und nicht Spekulationen lohnen.

Der Steuerentzug durch Konzerne, Banken und Versicherungen müßte beendet, klein- und mittelständische Unternehmen müßten direkt gefördert werden.

Vermögende, Besser- und Bestverdienende müßten durch eine gerechte Einkommens- und Vermögenssteuer entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden.

Der Bund müßte auf sinnlose Prestigeobjekte wie den „Jäger 90“, den Luxusausbau seiner Immobilien in Berlin und den Transrapid verzichten.

Zu Recht nannte der Bundeskanzler das Sparprogramm das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es ist aber auch das unsozialdemokratischste und wird uns alle teuer zu stehen kommen.

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Auch den Krieg gibt's nicht kostenlos

Meist wird die Rechnung am Ende präsentiert. Auch bei einem Krieg folgt gnadenlos die Rechnung, auch wenn man ihn nicht bestellt hat. Bezahlen darf allemal die Bevölkerung.

Die NATO führte vom 24. März bis 20. Juni 1999 einen unerklärten Krieg gegen ein souveränes Land, das niemanden angegriffen hatte. Dieser Krieg verstieß gegen das Völkerrecht, gegen die Charta der Vereinten Nationen, er stellte eine Aggression und ein Verbrechen gegen das Völkerrecht dar. Deutschland, das in vorderster Front mitbombte, brach damit das Grundgesetz und den 2+4-Vertrag, der 1990 die staatliche Einheit möglich machte. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert war Deutschland an einer Aggression gegen dieses Land beteiligt. Und die deutschen Politiker brachen auch noch das Strafgesetzbuch, das einen Angriffskrieg unter Strafe stellt. Leider finden die Großen und Mächtigen selten einen Richter.

Das SPD/Grüne-Kabinett wollte der Bevölkerung weismachen, daß mit den Bomben die Menschenrechte „geschützt“ werden sollten. Zumindest die Blätter, die in Kreisen der Großindustrie und der Hochfinanz gelesen werden, schütteln über diese Volksverdummung den Kopf, sie wissen, um was es bei dem Krieg wirklich ging und geht. So schrieb die „Wirtschaftswache“ vom 15.04.1999 Klartext: „Die Argumente von Kanzler und Kollegen sind entweder naiv oder heuchlerisch. Als Grundlage für eine verlässliche deutsche Außenpolitik können sie keinesfalls dienen. Gerechte Kriege gibt es nicht, Staaten haben keine Moral, sondern Interessen“. Die Interessen, um die es wirklich ging, sind die Interessen der USA, ihre Rolle als weltweit einzige Führungsmacht langfristig zu zementieren. Deshalb soll Rußland isoliert und von dem letzten Staat in Südosteuropa, der partout nicht in die NATO will, isoliert werden.

Nach dem Kriegsende geht es für einige (wenige) um das große Geschäft. „Nach Ende des Kosovo-Krieges drohen neue Konflikte“, schreibt die „Frankfurter Rundschau“, nämlich wegen des Wiederaufbaus, Kosten zwischen 30 und 200 Milliarden Dollar. Während einige große Konzerne das Geschäft ihres Lebens wittern, geht es für uns,

für die Bevölkerung an's zahlen. Mitten im Krieg entdeckte Eichel ein Riesenloch in seinem Haushalt, weswegen noch in diesem Jahr 30 Milliarden DM eingespart werden müssen – in erster Linie zu Lasten der sozial Schwachen, versteht sich. Und nach dem Motto „Volle Kriegskasse – leere Rentenkasse“ beglückt Sozialminister Riester das staunende Publikum mit Plänen für einen drastischen Rentenklau.

Wo wirklich gespart werden könnte

Die PDS im Bundestag sagte hierzu:

Durch eine Ausgabenreduzierung bei der Neuanschaffung von Waffen und Rüstungsgütern: 2,7 Milliarden DM.

Stopp der Finanzierung des Transrapid: 600 Millionen DM;

durch den Verkauf von 10 Prozent der überhöhten Goldreserve der Deutschen Bundesbank: 5,1 Milliarden DM;

den Verkauf der überschüssigen Bundesrohölreserve: 650 Millionen DM;

die Wiedererhebung der Vermögensteuer: 9 Milliarden DM;

die Verbesserung der personellen Ausstattung von Steuerfahndung

und Betriebsprüfung durch Übernahme wenigstens der heutigen

Anwärterinnen und Anwärter und dadurch Reduzierung der Steuerhinterziehung: 10 Milliarden DM;

die Beendigung der Verschwendung von Steuermitteln: 1 Milliarde DM;

Verzicht auf den ökologisch schädlichen Ausbau von Schleusen und der Havel in Brandenburg: 300 Millionen DM;

Einstellung der Förderung des Prestigeobjektes Personenraumfahrt: 290 Millionen DM;

Streichung zusätzlicher Vergünstigungen für Besserverdienende

im Rahmen des Umzugs von Parlament und Regierung und kosten-

günstige Abwicklung der Bonn-Berlin-Fahrten mit der Deutschen

Bundesbahn: 10 Millionen DM.



Jetzt wird gejammt

Als schwere Beschädigung der Mediationsrunde werten Teilnehmer der Runde die Aussage der Flughafen AG, eine Landebahn im Kelsterbacher Wald zu bevorzugen.

Die Mediationsrunde, die ausschließlich eine politische Entscheidung vorbereiten soll, sei schwer mißbraucht worden, heißt es jetzt.

Wer mit halbwegs nüchternem politischen Verstand diese Geschichte beobachtet hat, kann über diese politische Naivität nur den Kopf schütteln. Als hätten die Ausbaubetreiber je daran gezweifelt, ihren Willen letztlich durchsetzen zu können.

Der Steuerzahler bezahlt für den Mediationsschleiertanz fünf Millionen Mark. Dafür wird ihm vorgegaukelt, man würde ökologische Auswege suchen. Als könne es die bei den geplanten 800.000 Flugbewegungen im Jahr überhaupt noch geben.

Eigentlich wäre es jetzt an der Zeit, daß die Mediatoren, die diesen Wahnsinnsausbau nicht wollen, das Handtuch werfen, den Laden verlassen und den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit sagen.

Tatsache ist: Die FAG und ihre professionellen Ausbaustrategen knallen der ehrenwerten Runde einen vor den Latz. Wer fragt nach den Folgen? Immerhin, rings um den Flughafenmoloch wohnen auch noch ein paar Menschen. Bei einer neuen Landebahn im Kelsterbacher Wald werden mehr als 150.000 Menschen im Rhein-Main-Gebiet von der Steigerung des Fluglärms betroffen. In Offenbach werden rund 25.000 Menschen unter der geplanten Einflugschneise leben. In Mörfelden-West, Raunheim, Büttelborn und andere Kommunen werden die Menschen künftig nur mit Ohrstöpseln herumlaufen können.

Den Wachstumsfetischisten bei der FAG wird eine neue Bahn eh nicht reichen, sie wollen schließlich zusätzlich Erbenheim. Machen wir dann eine neue Mediationsrunde um das Umland einzulullen?
rh

Mythos Jobmaschine

Flughafen-Ausbaubefürworter werden nicht müde zu behaupten, die Flugverkehrsbranche schaffe Arbeitsplätze. Fehlanzeige: dort wird auch rationalisiert!

Ein einfaches Beispiel belegt dies:

Airline	Beschäftigte		
	1990	1996	1999
Lufthansa	47.600	34.200	?
KLM	26.400	25.500	?
Air France	39.800	36.500	?
British Airways	53.600	55.300	?

Die 14 wichtigsten europäischen Fluggesellschaften beschäftigen zusammen

285.100

254.200

IATA www.europa.eu.int/en/com



910 km in vier Tagen

Einmal war es eine sportliche Herausforderung, der sich Stadtrat R. Dötsch (DKP/OL) stellte, als er am Montagmorgen nach dem großartigen Festumzug zur 300-Jahr-Feier Walldorfs mit dem Fahrrad in Richtung der neuen Partnerstadt Torre Pellice startete. Mit spartanischem Gepäck verlief die Reise über Basel - Luzern - Locarno - Turin ins Pellice-Tal. „Einen Erfahrungsbericht könnte ich abgeben, wie drei Länder mit dem Thema Radwege umgehen“, äußerte der Ausdaueradler. Die Kleinstadt Torre macht einen guten Eindruck, hebt sich positiv von den norditalienischen Städten ab. Ebenso die Umgebung, die für Wanderer interessant ist, lädt zum Besuch ein. Man kann nur hoffen, daß die Städtepartnerschaft, die hauptsächlich von den Waldensern, der Schule und der Kirche getragen wird, weitere „Standbeine“ erhält. Vereine, Jugendgruppen und Private sollten künftig die Bande knüpfen, ausbauen und beleben. Zur Hilfestellung sind die politischen Gremien und Parteien gefordert.

MAXI-FAXMAXI-FAX****
Versaucht! Nur für den internen Gebrauch der Vertriebspartner der GAMAX Finanzdienste
 04.06.99 • Seite 1

Große Chance für GAMAX FUNDS – MOBIL

Wiederaufbau Jugoslawien
 GAMAX FUNDS – MOBIL wird von Bautätigkeit profitieren müssen

Es klingt zynisch: Doch was in den letzten Wochen zerbombt wurde, muß wieder aufgebaut werden. Straßen, Brücken, Fabriken, Fernsehantennen, Kommunikationszentren, Tausende und aber Tausende von Häusern. Die Staatengemeinschaft wird, ob man will oder nicht, den Aufbau finanzieren müssen.

Logisch, daß dabei alle Firmen besonders in der Umgebung Jugoslawiens, die irgendwie mit dem Bau in Verbindung stehen, profitieren werden. Baumaterial- und Baumaschinenhersteller in erster Linie.

Die Rothschild-Fondsmanager unseres GAMAX FUNDS – MOBIL haben bereits reagiert und begonnen, Aktien aus dem Baubereich in Österreich, in Griechenland und in anderen Anrainerlandern zu kaufen. Sicherlich würden südrussische Baufirmen profitieren, doch hier sind die Risiken unüberschaubar, und es gibt auch keine börsennotierten Werte.

In jedem Fall wird der GAMAX FUNDS – MOBIL in der nächsten Zeit einer der interessantesten Fonds am Markt sein. Für Kunden, die diese Chance erkennen, ist der „MOBIL“ eine erstklassige Anlage. Doch bedenken Sie, daß jeder Branchenfonds auch zyklischen Einflüssen ausgesetzt sein kann. Hier bietet allerdings der MOBIL durch seine globale Anlagengestaltung eine interessante Verteilung und damit eine deutliche Risikoreduzierung.

Erst kreisten die Bomber, jetzt kreisen die Geier

„Es klingt zynisch“, heißt es in einem internen Rundschreiben der GAMAX-Finanzdienste Vermittlungs GmbH, vom 4.6.99: „Doch was in den letzten Wochen zerbombt wurde, muß wieder aufgebaut werden.“ Das klingt nicht nur zynisch. Das ist zynisch. Aber nicht verwunderlich. Spätestens seit Marx wissen wir, wie blutrünstig sich das Kapital mit steigenden Gewinnaussichten gebärdet. Und die hier zitierten Rothschild-Fondsmanager sind da noch die Kleineren. Immerhin aber haben sie begonnen, von „Firmen besonders in der Umgebung Jugoslawiens, die irgendwie mit dem Bau in Verbindung stehen“, Aktien aufzukaufen, in Österreich und Griechenland beispielsweise. Jugoslawische Baufirmen sind für den Wiederaufbau offenbar gar nicht erst eingeplant. Und, auch das steht in diesem uns zugespieltem Fax ja ganz eindeutig: Branchenfonds können zwar zyklischen Krisen ausgesetzt sein, doch „durch seine globale Anlagesteuerung“ bietet der MOBIL-Fonds eine „interessante Verteilung und damit eine deutliche Risikoreduzierung“. Auf gut deutsch, wenn in Jugoslawien nichts mehr zu holen ist, kann man ja woanders weitermachen - nicht zuletzt der Risikoreduzierung der Geldanleger zuliebe.

Wenn sich die Geier vom Himmel niedersenken, geht es natürlich nicht ohne Streit ab, wie die Zeitungsausschnitte aus der „Frankfurter Rundschau“ (19.6) belegen. Da fordert der US-Präsident, „daß die finanzielle Last vor allem die Europäer schultern müssen“ und die Engländer verweisen darauf, daß sie ja fast die Hauptlast bei den Bombenflügen getragen, hätten. Also, bitteschön, will man auch die meisten Aufträge. Pervers wie der Glaser, der erst die Scheiben einschmeißt und dann seine Glaserei anbietet.

naechste, wenn auch unabhängige Programmierprogramm. Wer soll den teuren Frieden bezahlen, und wie wird der Wiederaufbaukuchen aufgeteilt?

Der amerikanische Präsident Bill Clinton hat bereits vor dem Kölner Weltwirtschaftsgipfel an diesem Wochenende, bei dem auch Südosteuropa ein Thema sein wird, unmißverständlich deutlich gemacht, daß die finanzielle Last vor allem die Europäer werden schultern müssen.

Balkan und der völlig ungeklarten Zuständigkeiten bei der Organisation eines Aufbauplans zwar gedämpft. Gedanken über die Verteilung der Aufträge machen sich aber bereits einige. Dies dürfte noch für Zündstoff auch unter den „Partnern“ in Westeuropa sorgen. Britische Firmen haben bereits energisch den Finger gehoben und ihren Anspruch damit begründet, der Inselstaat habe nach den USA die Hauptlast der Militäraktionen getragen.

„Erst müssen die Rahmenbedingungen geklärt werden“, lautet der Kommentar des Essener Konzerns Hochtief zu einem möglichen Engagement.

Die Baubranche nicht nur hierzulande, sondern auch in anderen Staaten macht sich berechtigte Hoffnungen, bei den noch aufzulegenden Programmen zum Zuge zu kommen. Der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur steht ganz oben auf der Prioritätenliste, damit die Wirtschaft in den vom Krieg betroffenen Balkan-Regionen wiederbelebt werden kann. Nach einer ersten Bilanz der Nato wurden während der Luftangriffe allein 45 Straßen- und Eisenbahnbrücken zerstört. Und bei

Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft. 50 Prozent, positiv waghalsig, für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.

Karl Marx, »Das Kapital«



25 Jahre BvS

Ein wenig verspätet feiert jetzt die Bertha-von-Suttner-Schule ihr 25jahriges Bestehen.

Bertha-von-Suttner, die Frau, die am 21. Juni 1914, vor 85 Jahren starb, hinterläßt allen Gegnern des Krieges ihren Streitruf: „Die Waffen nieder!“ Aber sie stirbt nur eine Woche vor den Todesschssen von Sarajewo, auf die der Kriegstod von Millionen folgt. Kurz vor ihrem Tode schreibt sie am 14. Mai in ihr Tagebuch: „Gegen den bermilitarismus, der jetzt die Atmosphère erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen - weil sie auch eine Macht sind -, auf die man hoffen kann, daß sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.“

Kaum mehr als ein Monat vergeht, bis ihre Hoffnungsträger in Gestalt von Parlamentariern die Kriegskredite bewilligen, und 85 Jahre später . . . ?!



Finanzminister und Kämmerer sagen:

„Es muß gespart werden“ - aber keiner nennt die Hintergründe der „Finanznot“

„Wir müssen von den Schulden runter“, sagt Eichel und viele plappern es nach.

„Wir müssen Gebühren erhöhen, die Kosten steigen“ - scheinbar ganz natürlich in unserem Land.

Keiner fragt nach den Ursachen für die hohe Staatsverschuldung, mit der jetzt „Sparpakete“ legitimiert werden sollen.

Staatsverschuldung ist nicht in erster Linie das Ergebnis einer falschen Politik, sondern das einer falschen Ökonomie. Bei den Unternehmen dreht sich alles um betriebswirtschaftliche Profitraten, sprich: das Verhältnis von investiertem Kapital und Gewinn. Und von Profitraten hängen Investitionen, Beschäftigung, Lohnhöhe und Gewinnsteuern ab. Unternehmen und Vermögensbesitzer schwimmen zwar in Geld. Doch die Profitrate ist gegenüber den 60er Jahren gesunken. Deshalb das unersättliche, aggressive Interesse, Gewinne zu steigern und Steuern zu senken.

Von 1980 bis 1998 ist der Anteil der Gewinnsteuern am Steueraufkommen von 22,7 auf 11,7 Prozent zurückgegangen. Wären die Bruttoeinkommen der Unternehmer 1998 genauso besteuert worden wie 1980, wären rund 100 Milliarden Mark mehr in den öffentlichen Kassen. Der Staat hätte keine Haushaltssorgen.

Die gefallenen Profitraten machen Unternehmen wett, indem sie weniger Gewinnsteuern zahlen. Weil darüber hinaus die direkten Subventionen an die Unternehmen höher sind als die Gewinnsteuern, zahlen die Unternehmen als Ganzes heute faktisch keine Steuern. Das ist die Hauptursache für die Staatsverschuldung.

Und was tut der Staat? Der Staat vergibt Zuschüsse für Investitionen. Weil aber Investitionen die Gewinne schmälern, investieren Unternehmen seit den 70er Jahren immer weniger in Produktionsanlagen, sondern überwiegend in Finanzanlagen. Das führt zu Kapitalüberschuß und zu Massenarbeitslosigkeit.

Wenn weniger investiert wird, müssen die bestehenden Produktionsanlagen besser ausgenutzt werden. Und das bedeutet Überstunden.

Bei Menschen in unteren und mittleren Lohngruppen reicht der Lohn kaum für die Lebenshaltungskosten, für Kinder, Miete, Urlaub und Freizeit. Mit Überstunden, Zweit- und Drittjobs wird versucht gegenzuhalten.

Staatsschulden drücken die Ohnmacht eines Staates aus. Der Einfluß der Gläubiger wird immer größer. Die Auflagen werden dreister. Mit Personalabbau, Privatisierung, Sozialabbau und Steuererhöhungen wird gegenfinanziert, was an Zuschüssen in Unternehmen fließt. Ebenso damit, daß an Bildung, Gesundheit und Familie gespart wird.

Sieht man sich das aktuelle „Sparpaket“ von „Rot-Grün“ an, wird deutlich, es ist egal, welche Partei am Ruder ist. Bei einer sozialdemokratisch geführten Regierung geht Sozialabbau noch leichter, weil die Gewerkschaften still halten.

Die Unternehmen sind Kostgänger des Staates. Doch Parteien und Politiker, auch unsere hiesigen Sozialdemokraten, decken das nicht auf, sondern stützen das System, indem sie behaupten, es sei kein Geld da - und, wenn das halt so ist, müssen wieder mal Gebühren erhöht werden.

Geld in Form von riesigen Kapitalüberschüssen ist aber genug da. Nur gehört es denen, die es lieber verspekulieren, als es im Interesse der arbeitenden Menschen zu verwenden oder zu Renditen, die für sie zu niedrig sind.

Es kann nicht angehen, daß der von den Menschen produzierte Reichtum überwiegend in die Hängematten beschäftigungslosen Kapitals fließt oder in einen gigantischen Verdrängungswettbewerb von Fusionen und Firmenübernahmen. Erwerbstätige und Arbeitslose müssen sich gemeinsam auf ihre eigenen Interessen besinnen, statt

sie hinter die des Kapitals zurückzustellen.

Man sagt uns, das Geld wäre knapp. Gleichzeitig werden unsinnige Rüstungsprojekte, wie z.B. der Bau des Eurofighters weitergeführt, gleichzeitig bezahlen viele Großkonzerne keine oder nur minimale Steuern.

Finanzminister Eichel sollte sich bei Steuerfahndern und Staatsanwälten kundig machen. Wenn man die 800 Milliarden Mark nimmt, die nach 1992 unverteuert allein in Luxemburg und der Schweiz angelegt worden sein sollen, dürfte es kein Problem sein, für die im Bundeshaushalt 2000 fehlenden 30 Milliarden Mark ausreichend Steuern einzutreiben.

Es bleibt der alte Grundsatz:
Wer den Reichen nichts nimmt,
kann den Armen nichts geben!

Besuchen Sie die
DKP-Hessen im
Internet:

<http://home.t-online.de/home/dkp.hessen/main.htm>



**27. bis 28. August 1998
im Revierpark Wischlingen,
Dortmund**

Viele Attraktionen, Zelte aus verschiedenen Bundesländern, ein großes Kinderfest, Frauen- und Literaturzelt, Diskussionsforen mit Gästen aus aller Welt, Essen, Trinken und viel Musik.

Die Politik der neuen Landesregierung: Zurück in den Obrigkeitsstaat und in's pädagogische Vorgestern

CDU und FDP drücken in Wiesbaden bewußt auf's Tempo, um auftretenden Widerstand von vornherein auszuschalten. So wenig halten also beide Parteien von Demokratie, vom Dialog und Mitwirkung der Betroffenen und gesellschaftlichen Kräften, wie Gremien, Interessenverbänden und Gewerkschaften! Nicht zu Unrecht werfen ihnen SPD/Grüne vor, „sie steuerten zurück in den Obrigkeitsstaat“ und von der vor der Wahl von Roland Koch versprochenen „Stärkung der Bürgergesellschaft“ bleibe nichts.

Vor allem drei Gesetzesvorhaben lassen die Wogen hochschlagen:
Das Gesetz zur Qualitätssicherung der hessischen Schulen.
Die Änderung des Hessischen Hochschulrahmengesetzes.
Das Gesetz zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung (Personalvertretungsgesetz).

Bleiben wir beim neuen Schulgesetz: Die Schuldiskussion der 70er Jahre lebt wieder auf! Wieder einmal geht es bei diesem Gesetz vor allem um die Aushebelung der Förderstufe, um die Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem und um die Beschneidung des Elternrechts der freien Schulwahl für das Kind.
Die Entscheidung über Einführung oder Wegfall der Förderstufe -als Mittel zur Förderung von Kindern aus Arbeiterfamilien schon immer ein Dorn im Auge reaktionärer Kräfte - soll von den Schulträgern (Kreise, Kreisfreie Städte) auf die Schulkonferenzen (Gremium von Eltern, Schülern, Lehrern) übertragen werden, übrigens ein massiver Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung! Also Verlagerung von der politischen auf die Ebene mittelständisch und vom Bildungsbürgertum dominierter Gremien: Das dürfte vielfach das Aus für die Förderstufe bedeuten! Interessanterweise sollen gleichzeitig den Schulkonferenzen wichtige Entscheidungsrechte genommen werden!
Ferner wird mit diesem Gesetz das Elternrecht auf freie Schulwahl für ihr

Kind abgeschafft: Nur noch mit der Empfehlung der Lehrerkonferenz ist der Wechsel in Realschule oder Gymnasium möglich. In der Grundschule soll die kindgerechte, flexible Unterrichtsgestaltung zugunsten des starren 45-Minutentakts wieder abgeschafft werden, durch frühe Benotung ab 2.Klasse hält der Leistungsgedanke wieder Einzug und die Garantie für die bisherigen festen Öffnungszeiten der Grundschulen hat die neue Landesregierung noch nicht endgültig gegeben. Zu erwähnen ist noch, daß landesweit einheitliche Abschlußprüfungen angestrebt werden - das bedeutet ein „Trimmen“ auf Standardwissen - und die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre.

Fazit:

Rückfall in's pädagogische Vorgestern mit deutlicher Tendenz zur Verschlechterung der Bildungschancen von Kindern aus Arbeiter-, sozial schwächeren und ausländischen Familien.

Alles in allem:

Hessen also kräftig auf dem Rückmarsch in den Obrigkeitsstaat. Die drohende Einführung der „Schleierfahndung“, der verschärften „Sicherheitsverwahrung“ von Demonstranten und die Einführung „freiwilliger Polizeikräfte“ schaffen hierfür zusätzlich die strafrechtlichen Mittel.

Die Schwarzen in Wiesbaden

Am 1. Juli sollte die dringende Sanierung der Wilhelm-Arnoul-Schule in Walldorf begonnen werden. Es wird aber nicht begonnen, weil der Bezuschussungsbescheid des Landes fehlt. Der Bescheid läßt auf sich warten, weil die Landesregierung eine Neuorientierung anstrebt. Hintergrund ist der anvisierte Wegfall der Grundwasserabgabe. Daraus sollten Zuschüsse für Wassereinsparung und energetische Bau-

maßnahmen finanziert werden. Ohne Bescheid können die Baumaßnahmen aber nicht stattfinden. Denn wenn es Zuschüsse gäbe, würden sie wegen der schon begonnenen Maßnahme nicht gezahlt. Und wenn es keine Landeszuschüsse gibt, kann der Kreis wegen fehlender Finanzen nicht bauen. Folglich werden die Kinder weiter in einer marode gewordenen Schule unterrichtet. Man muß sich fragen, was hier Kinder eigentlich wert sind. rd

Das würde dem Kreis passen!

1970 übernahm der Kreis die Schulträgerschaft von den Kommunen. Zentralisiert sollten die Schulen besser verwaltet werden. Kostenlos gingen so die Mörfelder und Walldorfer Schulen in den Besitz des Kreises über, nebst zugehörigen Sporthallen, Hausmeisterwohnungen, Grundstücken. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Kreisverwaltung mit der Verwaltung der Schulen überfordert war. Die Unterhaltungskosten liefen aus dem Ruder, meist weil nicht rechtzeitig Maßnahmen eingeleitet wurden. Die Schulhöfe sind meist trostlose Flächen. Die Nutzung der Schulräume für VHS und einige Vereine kostete Miete, die die Stadt neben der ständig gestiegenen Schulumlage zu zahlen hat. Patenschaften der Eltern wurden gegründet, damit das Schulumfeld freundlicher und kindgerechter wurde.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat nun verkündet, daß die Unterhaltung der Gebäude von den Kommunen preisgünstiger zu bewerkstelligen sei. Daher sollten die Grundschulen (sofern die Gemeinden dies wünschen) zurückübertragen werden.

Hintergrund sind die immensen Unterhaltungskosten, die der Kreis nicht tragen will. Glaubt man tatsächlich, daß eine Stadt, die baulich intakte Schulen 1970 verschenkt hat, 30 Jahre später marode wieder übernimmt, um sie so dann zu sanieren?

Angesichts leerer Stadtkassen verbietet sich das. Und trotzdem wären die Schulen in kommunaler Verwaltung besser aufgehoben. Also kann es nur sein, daß der Kreis die Schulen in gutem baulichen Zustand zurückgibt. rd

Die Schwarzen in Wiesbaden

Nicht umsonst erhebt sich breiter gewerkschaftlicher Protest gegen den Entwurf eines neuen Personalvertretungsgesetzes. Drastisch werden Mitbestimmungsrechte von Personalräten und Frauenbeauftragten in der öffentlichen Verwaltung beschnitten. Mit diesem Gesetz, so der hessische DGB, wollen CDU/FDP „den Führungsebenen in Ämtern und Dienststellen Instrumente in die Hand geben, autoritär einen umfangreichen Stellenabbau durchziehen zu können und Privatisierungen zu ermöglichen.“

In der Tat plant die Landesregierung bereits den Abbau von 6000 Stellen in der öffentlichen Verwaltung, der Verkauf landeseigener Wohnungen und des 40% Landesanteils an der Frankfurter Messe sind schon im Gespräch. Laut Gesetz soll das Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung von Leitungsfunktionen zur unwirksamen Empfehlung degradiert werden; das gleiche gilt bei Versetzungen und Abordnungen, ebenso bei Eingriffen in „soziale Angelegenheiten“ von Beschäftigten - ob es sich um eine solche handelt, soll jetzt neuerdings der „Dienstherr“ entscheiden dürfen! Die Mitbestimmung bei Kündigungen fällt weg und das Mitspracherecht bei Verwaltungsreformen. Auch kann sich der Minister über Beschlüsse der Einigungsstellen einfach hinwegsetzen. Da ist es dann schon „logisch“, daß die Personalräte pro Beschäftigte zahlenmäßig verkleinert werden und die Zahl der Freigestellten halbiert werden soll.

Ähnlich ergeht es den Frauenbeauftragten. Auch ihre Zahl wird verringert: Unter 50 Beschäftigten wird gar keine Stelle mehr eingerichtet und kein Frauenförderplan mehr erstellt. Auch hat der „Dienstherr“ jetzt wieder das letzte Wort in Personalfragen ohne Rücksicht auf frauenspezifische Belange. Alle Maßnahmen insgesamt, so der Jubel von CDU/FDP, ermöglichten endlich die zügige Verwaltungsreform „ohne die Blockade der Personalräte!“ Das sagt alles!!

**Der „blickpunkt“
freut sich
auf Leserbriefe**

Parlamentsinitiative der DKP/OL-Fraktion

Die DKP/OL-Fraktion will wissen, welche Auswirkungen die Bonner „Sparbeschlüsse“ auf die Kommune hat.

Sie stellte nachfolgende Anfrage:

1. Gibt es eine Übersicht, wie sich die Regierungsbeschlüsse zum Bundeshaushalt (Eichel-„Sparpaket“) auf unsere Stadt auswirken?
2. Wenn nein, liegen solche Einschätzungen beim Deutschen Städtetag oder beim Städte- und Gemeindebund vor, und hat sich die Kämmerei bemüht, diese evtl. vorliegenden Ausarbeitungen zu erhalten?
3. Teilt der Kämmerer unsere nachfolgende Einschätzung?

Noch in der SPD/Grüne-Koalitionsvereinbarung wurde das Ziel formuliert, die Finanzkraft der Gemeinden zu stärken und das Gemeindefinanzsystem umfassend zu prüfen. Von der Verheißung einer Neuordnung der Kommunal Finanzen ist acht Monate danach nur noch heiße Luft übriggeblieben. Schon mit dem sogenannten Steuer-

entlastungsgesetz hatte SPD/Grün für jährliche Einnahmeausfälle der Städte, Gemeinden und Landkreise von rund 7 Milliarden Mark nach der Jahrtausendwende gesorgt, jetzt setzt die Regierung mit dem „Sparpaket“ noch eins drauf. Dieses „Paket“ ist nicht nur in weiten Teil sozial ungerecht, sondern auch kommunalfeindlich.

Nahezu ein Drittel - exakt 9,4 Milliarden Mark - der gut 30 Milliarden für 2000 vorgesehenen Einsparungen im Bundeshaushalt belastet unmittelbar den bereits angeschlagenen kommunalen Etat für Sozialhilfe. So soll die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe (für Arbeitslose, die vorher nicht in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis waren) zwar eine Milliarde Mark im Bundeshaushalt einsparen. Das würde aber jährlich 500 Millionen Mark Mehrausgaben für die Kommunen bedeuten. 600 Millionen Mark zusätzliche Belastungen kämen auf die Kommunen zu, wenn die Regierung - wie im Etat 2000 vorgesehen - 5,9 Milliarden Mark weniger als 1999 für die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslose veranschlagt.

Erstmals will eine Bundesregierung die Kommunen sogar beim Unterhaltsvorschuß für Alleinerziehende zur Kasse bitten. Die im Budgetentwurf vorgesehene Senkung des Unterhaltsvorschusses um 218 Millionen Mark hätte nach Recherchen des Städte- und Gemeindebundes für die Kommunen zusätzliche Aufwendungen von 150 Millionen Mark zur Folge. Und schließlich will sich der Bund vollständig aus der Finanzierung des pauschalierten Wohngeldes für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zurückziehen. Ausbaden müßten auch das die Kommunen, die mit jährlich rund 2,3 Milliarden Mark zur Kasse gebeten würden.

Die Schwarzen in Wiesbaden

Änderung des Hessischen Hochschulrahmengesetzes

Mit der Änderung des Gesetzes wird die Drittelparität von Professoren, Studenten und Mitarbeitern in den Hochschulgremien aufgehoben. Sie war 1998 von den StudentInnen erstreikt worden! Nun dominieren wieder die Professoren mit 50% der Sitze in den Konventen, so z.B. bei der Wahl des Uni-Präsidenten.

Damit sind die Studierenden und der wissenschaftliche Nachwuchs von der verantwortlichen Mitwirkung an der Gestaltung ihrer Hochschule ausgeschlossen.

4. Ist der Magistrat wie unsere Fraktion der Meinung, daß nachhaltiger Widerstand gegen die Überwälzung von Milliardenlasten vom Bund auf die Kommunen unerläßlich ist, und daß Alternativen, die die Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise verbessern, jetzt unbedingt notwendig werden?

Stadtgeschichten



Fußball wird in Mörfelden schon seit der Jahrhundertwende gespielt, doch hätte damals niemand gedacht, daß dieser Sport einmal Millionen Menschen begeistern und die Sportstadien füllen würde. Der erste Verein hieß „Germania“, der schon bald in „Sportverein 1909“ umbenannt wurde. Bezug nehmend auf diesen ersten Vorgänger feiert die Fußballabteilung der SKV Mörfelden vom 30. Juli bis 1. August 1999 im Waldstadion ihr Jubiläumsfest „90 Jahre Fußball“. Gewaltigen Aufschwung nahm in unserer Gemeinde der Fußballsport nach dem 1. Weltkrieg, als die „Freien Turner“ gegenüber der Gaststätte „Zum Grünen Haag“ im Jahre 1919 in Eigenarbeit eine neue Sportanlage bauten und sich der Fußballverein „Die Löwen“ den „Freien Turnern“ anschloß. Nach einem weiteren furchtbaren Krieg wurde dann im Jahre 1945, die Lehren aus der Vergangenheit ziehend, die Sport- und Kulturvereinigung SKV Mörfelden gegründet, die alle früheren Vereine zusammenführte. Unser heutiges Foto zeigt die 2. Mannschaft der SKV nach einem Spiel in Erbach im Jahre 1953. In der hinteren Reihe sehen wir von links: Abteilungsleiter Ludwig Kuchler (Kuno), Fritz Sauter, Hermann Schlapp, Karl Schluckebier, Richard Arndt, Heinrich Fritz, Otto Neidhardt, Heinrich Jost, Heinz Schulmeyer. Vordere Reihe: Theo Herpel, Herbert Schaffner und Jakob Jourdan.



Aus: IG Medien-Ztg.

»Neue Armut« ? -
Alles nur Geschwätz !!



Unser Lexikon



**Blerrer
Blätter**